



Bischof Dr. Felix Genn
Domplatz 27
48143 Münster

pax christi Münster bittet die deutschen Bischöfe, sich für die Gewährleistung des Rechts auf Asyl in Deutschland und Europa einzusetzen

Sehr geehrter Erzbischof Heße, sehr geehrter Bischof Genn, sehr geehrter Bischof Kohlgraf,

pax christi bittet Sie und die Deutsche Bischofskonferenz, sich gegen die Pläne für ein neues Asylrecht an den EU – Außengrenzen zu positionieren und für die Gewährleistung des Rechts auf Asyl in Deutschland und Europa einzusetzen.

Zur Begründung:

1. Die geplanten Schnellentscheidungen darüber, ob Geflüchtete für ein Asylverfahren in Frage kommen oder in einen "sicheren Drittstaat" abgeschoben werden, sind rechtsstaatlich höchst bedenklich. Eine Inanspruchnahme von Rechtsbeiständen (sollen diese auch an den Außengrenzen angesiedelt werden?) sowie eine gerichtliche Überprüfung der Verwaltungsentscheidungen sind dann kaum noch möglich.
2. Die geplante Ausweitung der Zahl von „sicheren Herkunftsländern“ und „sicheren Drittstaaten“ führt zu einer Herabsetzung der Anforderungen an die Einordnung in diese Staatenkategorie. Dadurch wird zum einen noch mehr Menschen das Recht auf individuelle Prüfung ihrer Fluchtgründe verwehrt und zum anderen

pax christi
Diözesanverband Münster
Schillerstr. 44a
48155 Münster

Tel 0251 511 420
muenster@paxchristi.de
www.muenster.paxchristi.de

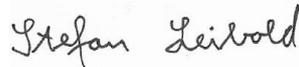
Darlehnskasse Münster
IBAN
DE40 4006 0265 0003 9626 00

3. die Gefahr erhöht, dass weitere Abschiebungen ("Kettenabschiebungen") in die "sicheren" Drittstaaten erfolgen.
4. Für die Dauer der Grenzverfahren sollen die Geflüchteten in Lagern festgehalten werden und als nicht in die EU eingereist gelten. Abgesehen davon, dass damit völlig unklar ist, welche Rechtsnormen für sie Gültigkeit haben, ist zu befürchten, dass in diesen Lagern bald Zustände herrschen werden, wie sie aus dem Lager Moria auf Lesbos bekannt geworden sind.
5. Schließlich wird durch die geplanten Grenzverfahren die Ungleichheit zwischen den EU-Ersteinreisestaaten an den Außengrenzen und den EU-Binnenstaaten zementiert. Während sich Letztere einen "schlanken Fuß" machen können, tragen Erstere weiterhin einen Großteil der Lasten. Statt die Ungerechtigkeit der Dublin-Regelungen fortzusetzen, sollte eine faire Aufteilung auf alle EU-Staaten endlich realisiert werden.

Im Namen des Diözesanvorstands



Maria Buchwitz
Diözesanvorsitzende



Stefan Leibold
Diözesanvorsitzender